

DIESE GRÜNEN!



AUS FÜR SOZIALTICKET IN WUPPERTAL

■ DANK LANDESGELDERN WÄRE ES MÖGLICH, ABER CDU UND SPD MAUERN



Foto: Jörg Lange

Wenn man die aktuelle Diskussion zur Einführung des Sozialtickets in Wuppertal betrachtet, kann der Eindruck entstehen, dass CDU und SPD hier in Wuppertal die Themen Mobilität und soziale Gerechtigkeit nicht als Schwerpunkte haben.

Es gibt für SchülerInnen das Schokoticket, es gibt das Studierendenticket und für die älteren MitbürgerInnen ab 60 Jahren das Barenticket. Alle diese Angebote gibt es seit mehreren Jahren zur vollkommenden Zufriedenheit der KundInnen und sie haben ihre Berechtigung. Nur bei der Einführung

des Sozialtickets gibt es jetzt starken Widerstand seitens der SPD und der Wuppertaler CDU. Nur der CDU in Wuppertal übrigens, denn die GRÜNEN im Verkehrsverbund Rhein Ruhr, kurz VRR genannt, haben dort mit den Stimmen der CDU die Einführung des Sozialtickets beschlossen, bei Gegenstimmen von SPD und FDP.

Die Landesregierung in Düsseldorf aus SPD und GRÜNEN gibt 30 Millionen Euro, um die Verkehrsverbände in die Lage zu versetzen, ein Sozialticket aus zu geben. Auch für Kommunen, die unter den Stärkungspakt fallen ist es

möglich, das Sozialticket in der Pilotphase einzuführen. Aber auch zu dieser Testphase können sich die Wuppertaler Fraktionen von CDU und SPD nicht durchringen. Warum eigentlich? Ein klare Antwort ist bislang nicht zu hören gewesen.

Wer könnte dabei sein?

Schauen wir etwas zurück in Wuppertals Geschichte stellen wir fest, dass wir seit den 1960er Jahren ca. 50.000 Arbeitsplätze im produzierenden Gewerbe verloren und zu wenig Ersatzarbeitsplätze geschaffen haben. Daher und aus anderen vielschichtigen Gründen, wie zum Beispiel die schlechte Qualifizierung junger WuppertalerInnen haben wir zurzeit 24.478 sogenannte Bedarfsgemeinschaften in Wuppertal, die staatliche Unterstützung bekommen. Darunter sind zum Beispiel 4200 alleinerziehende Mütter und rund 12.000 nicht erwerbsberechtigte LeistungsbezieherInnen unter 15 Jahren. Die nächste Gruppe von Menschen die - wie wir meinen - ein Sozialticket bekommen müssten, sind die so genannten AufstockerInnen. Das sind Menschen, die obwohl sie arbei-

ten gehen, mit ihrem Verdienst auf Unterstützung des Staates angewiesen sind, weil ihre Arbeitgeber ihnen nicht ausreichend Lohn bezahlen, um ihren Lebensunterhalt zu bestreiten. Der VRR hat das Angebot eines Sozialtickets in einem auf ein Jahr befristeten Pilotprojekt für ein Ticket zum Preis von 29,90 Euro eingebracht, um Erfahrungen zu diesem Thema zu sammeln. Der GRÜNEN Fraktion ist klar, dass es die Einführung nicht zum Nulltarif geben wird, die Berechnungen der Wuppertaler Stadtwerke, die von Mehrkosten von 1,3 Millionen Euro ausgehen, halten wir allerdings für überzogen. Alle Erfahrungen aus Köln und Dortmund, was die Quote der UmsteigerInnen auf das Sozialticket angeht, gehen bei einem Preis um die 30 Euro von deutlich niedrigeren Zahlen aus. Wir kommen zum Ergebnis, dass die Wuppertaler CDU-Fraktion und SPD-Fraktion ihrer Verantwortung für die finanziell Schwächeren nicht nachkommen, sondern eine Chance vergeben, die den Anspruch auf bezahlbare Mobilität für alle WuppertalerInnen schaffen könnte. Sie lehnten die Einführung des Sozialtickets am 10.10.2011 im Rat ab.



GUTEN TAG!

Liebe Leserinnen und Leser,

hoffentlich hatten Sie einen schönen Sommer, auch wenn wir noch mehr Sonnenschein hätten vertragen können. Für bergische Verhältnisse war das doch gar nicht so schlecht.

In dieser Ausgabe von DIESE GRÜNEN erläutern wir den Rettungsschirm der Landesregierung für verarmte Kommunen wie Wuppertal, lassen aber auch den Freien Trägern viel Raum für die Darstellung ihres Bedarfs. Auf unsere Anfrage zur Situation älter werdender MigrantInnen gab es eine umfangreiche Antwort der Verwaltung, die wir Ihnen zusammenfassen und wir berichten auch über den ersten Kongress Hundertprozent. Erneuerbar aus GRÜNER Sicht.

Wir wünschen Ihnen eine spannende Lektüre!

Ihr Redaktionsteam

SCHNEEFLÖCKCHEN 2011/12

■ EIN SCHNEEDIENSTKONZEPT FÜR WUPPERTAL

Seit Wochen merken wir, wie die Tage kürzer werden. So genießen wir beim Schreiben dieser Zeilen den außergewöhnlich schönen Herbst, mit viel Sonne und über 20 Grad Celsius Außentemperatur, aber der Winter mit seinen jahreszeitlichen Besonderheiten ist nicht mehr fern. Zum Jahreswechsel 2009/2010 und besonders im letzten Winter hatten alle WuppertalerInnen lange und stark mit den Folgen der massiven Schneefälle im Tal und auf den Höhen zu kämpfen. Die Mobilität war aufgrund der Schneemassen über Wochen stark eingeschränkt, ob im Bus, mit dem Auto, dem Fahrrad oder zu Fuß. Die Wegezeiten innerhalb Wuppertals verdoppelten sich teilweise – mit erheblichen Folgen für viele.

Auf den Höhen des Tales fuhren die Busse oft unregelmäßig, in bestimmten Stadtteilen fiel der Bus für mehrere Wochen völlig aus. Insbesondere für ältere und gehbehinderte Menschen war der notwendige Arztbesuch oder der Einkauf nur mit erheblichen Schwierigkeiten möglich.

Viele detaillierte Verbesserungsvorschläge

Direkt im Anschluss an den Schneewinter 2010/11 kursierte in den Medien und kommunalpolitischen Gremien eine Vielzahl von Verbesserungsvorschlägen. Sie reichten von Personalaufstockung im Winterdienst, Personaleinsatz durch die Tochterunternehmen der



Foto: Jörg Lange

Stadt, über den Abtransport der Schneemengen bis zum rigorosen Abschleppen der in zweiter Reihe geparkten Autos. Selbstverständlich muss an dieser Stelle auch der dringende Appell an viele HausbewohnerInnen genannt werden, da vielfach Bürgersteige von den Anwohnenden nicht ausreichend geräumt wurden. Nachdem es im Frühjahr und Sommer ein wenig ruhiger um das Thema Winterdienst geworden war, stehen im federführenden Eigenbetrieb ESW nun erste organisatorische und strategische Änderungen an. So werden diejenigen MitarbeiterInnen der Abfallwirtschaftsgesellschaft, deren Aufgaben bei Schneefall nicht im üblichen Maße anfallen, für

die Unterstützung des Winterdienstes eingesetzt.

Ein umfassendes Schneediens-konzept aus einer Hand

Wir GRÜNEN fordern, dass diese Ansätze der Zusammenarbeit verstärkt und zu einem umfassenden Schneedienskonzept weiterentwickelt werden. Notwendig ist eine vorbereitete Reaktion auf mögliche Schneemassen, die sich nicht im Ankauf von größeren Salzmenegen erschöpft. Dazu gehört auch ein inhaltlich gut geplanter und allen Betroffenen rechtzeitig und klar vermittelter Schneefahrplan der WSW. Der hohe Anteil an Gelenkbussen und das Parken in zweiter

Reihe lässt den Bus-ÖPNV regelmäßig auch schon bei geringen Schneemengen ausfallen. Hier würden die vorhandenen kurzen Busse einen zwangsläufig ausgedünnten aber zuverlässigen „Schneefahrplan“ ermöglichen. Damit wäre ein Mindestmaß an ÖPNV-Mobilität auch nach einem starken Schneefall sichergestellt. Hinzu kommt eine Lösung für die parkenden Fahrzeuge, beispielsweise in Form eines Schneeparkplatzes, um die Buslinien nicht zu blockieren.

Insbesondere an den Bushaltestellen darf es nicht wieder zu – wie im letzten Winter – teilweise chaotischen Zuständen kommen. Im Einzelfall muss auch hier die Möglichkeit bestehen, dass sich türmende Schneemassen abgefahren und gelagert werden. Dass das entstehende Schmelzwasser letztlich zunächst in einer Kläranlage behandelt wird und erst dann in die Wupper läuft ist selbstverständlich.

Durch ein Streugutlager auf den Südhöhen und weitere zusätzliche Streugutlager verfügt der ESW für den kommenden Winter mindestens über 8.000 Tonnen Streugut, die doppelte Menge des Vorwinters.

Der GRÜNEN Ratsfraktion ist es wichtig, dass der Streusalzgebrauch sowohl durch den Straßenreinigungsbetrieb als auch durch Privatleute auf das Notwendigste begrenzt bleibt, um die Gefährdung der Straßenbäume und der Haus-tiere so gering wie möglich zu halten.

AUS DEM INHALT

Seite 2
Sparkurs für Wuppertal für nachhaltige Entschuldigung

Seite 3
Gastkommentar:
Soziale Arbeit - Das Fundament einer demokratischen und menschenwürdigen Gesellschaft

Seite 3
Asphaltmischwerk

Seite 4
Hundertprozentig.Erneuerbar!

Seite 5
Kultursensible Pflege

Seite 6
Kein Abschluss ohne Anschluss

SPARKURS IN WUPPERTAL FÜR NACHHALTIGE ENTSCHEIDUNG

■ ROT-GRÜNE LANDESREGIERUNG STÄRKT KOMMUNEN

Mit dem Stärkungspakt Stadtfinanzen (Drucksache 15/2859) wollen wir in NRW zunächst den am stärksten von Haushaltsproblemen belasteten Städten und Gemeinden die finanzielle Handlungsfähigkeit wieder zurückgeben. Mit den finanziellen Zuwendungen ist gleichzeitig die Verpflichtung zur Haushaltskonsolidierung untrennbar verbunden. Dadurch wird erstmals ein nachhaltiger Entschuldungsplan für die Kommunen aufgelegt, die es am nötigsten haben. Ziel ist es jene Feuer auszutreten, die FDP und CDU mit ihrer Politik gegen die Kommunen entfacht haben.

Aus GRÜNER Sicht war es besonders wichtig die Nachhaltigkeit des Konsolidierungsprogramms sicherzustellen. Dies erscheint insofern gesichert, als die Gelder strikt zum Haushaltsausgleich und zum Abbau der Kassenkredite eingesetzt werden müssen. Die Überwachung des von den Kommunen zu erarbeitenden Haushaltssanierungsplanes übernimmt die zuständige Bezirksregierung. Bei Verstößen kann vom Ministerium auch ein Beauftragter nach § 124 der Gemeindeordnung eingesetzt werden, der anstelle des Rates die Beschlüsse fasst.

Sparkurs auf dem Prüfstand

Die Gemeindeprüfungsanstalt soll eine Task Force zur Unterstützung der Kommunen einrichten. Eine Evaluation ist bereits zum 31. Dezember 2013 für die Kommunen der Stufe 1 vorgesehen, ein Jahr später findet sie für die Kom-

munen der Stufe 2 statt. Danach wird auch die Möglichkeit geprüft, weiteren Kommunen (Überschuldungserwartung 2017 – 2020) Konsolidierungsmöglichkeiten zu geben.

Da für 2011 - bedingt durch die weit geringeren Bundesentlastungen - nur Landesmittel in Höhe von 350 Millionen Euro zur Verfügung stehen, werden in diesem Jahr nur die 34 Kommunen in einer ersten Stufe (pflichtig) einbezogen, die 2010 bereits überschuldet oder in der mittelfristigen Finanzplanung von Überschuldung bedroht waren. Gemeindefreie Zahlen zur Verteilung der Mittel werden erst im November vorliegen.

Hilfe auch für weitere Städte

Uns war wichtig, dass bereits jetzt eine zweite Stufe beschlossen wird, in der dann schon ab 2012 weitere Kommunen einbezogen werden können. Die Mittel werden sukzessive bis 2014 auf gut 650 Millionen Euro aufwachsen und bis 2020 gezahlt. Es ist uns gelungen in der Koalition zu vereinbaren, dass es für die Kommunen der 2. Stufe im Ergebnis nicht zu einer Schlechterstellung hinsichtlich der Erreichung des Konsolidierungsziels gegenüber den Kommunen der 1. Stufe kommt. Die 2. Stufe beginnt zudem bereits im Jahr 2012. Anträge auf Berücksichtigung müssten bis zum 31. März 2012, ein Haushaltssanierungsplan dann bis zum 30. September 2012 bei der Bezirksregierung vorliegen.



Mit den jetzt von ihr vorgelegten Alternativvorschlägen gibt die CDU zu, dass sie die Kommunen in den letzten Jahren in Bund und Land derart stranguliert hat, dass jetzt dringend Hilfe erforderlich ist. Aber immerhin: Sie will helfen. Das ist ein Anfang.

CDU: Weh-Klagen ohne Konzept

Umso mehr wäre sie nun in der Pflicht, einen seriösen Beitrag zur Debatte zu leisten. Das CDU-Konzept ist aber unehrlich. In Wahrheit bedeutet der Vorschlag der CDU, dass sie die Neuverschuldung des Landes NRW um mindestens 350 Millionen Euro jährlich hochschrauben will. Das ist nicht zu verantworten. Es ist umso bemerkenswerter, da die CDU gerade gegen diesen Haushalt klagt, weil sie der Auffassung ist, dass er wegen zu hoher

Ausgaben verfassungswidrig sei.

Außerdem kann die CDU sich nicht kategorisch verweigern, wenn es darum geht, dass besonders finanzstarke Kommunen sich mit einem Solidarbeitrag an der Entschuldung notleidender Kommunen beteiligen, denn dies würde zu Ausfällen von 200 Millionen Euro führen. Ohne die gemeinsame Kraftanstrengung in NRW wird es nicht gehen. Das wird selbst von den kommunalen Spitzenverbänden so gesehen. Rot-Grün stellt mit dem Stärkungspakt keine Kommune schlechter als heute. Aber denjenigen, die es aus eigener Kraft nicht mehr aus der Schuldenfalle schaffen, zeigen wir einen Weg auf.

Falls der Landtag dem Gesetz nicht zustimmt, wird der Finanzminister die 350 Mio. Euro für allgemeine Haushaltszwecke verwenden, den Kommunen stehen sie dann nicht mehr zur Verfügung.

Wir werden als Koalitionsfraktionen jetzt das Gespräch mit den anderen Fraktionen und den kommunalen Akteuren suchen, um ein tragfähiges Gesetz auf den Weg zu bringen. Wir werden alles tun, damit Anfang Dezember die Konsolidierungshilfen für die Kommunen beschlossen werden.

Ein Beitrag von Mehrdad Mehrdad Mostofizadeh MdL, kommunalpolitischer Sprecher der GRÜNEN Landtagsfraktion NRW

IMPRESSUM

Herausgeberin:

Ratsfraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN
Rathaus Barmen, 42269 Wuppertal

Tel: 0202. 563. 6204

Fax: 0202. 59 64 88

E-mail: fraktion@gruene-wuppertal.de
Internet: www.gruene-wuppertal.de

MitarbeiterInnen dieser Ausgabe:

Peter Vorsteher (V.i.S.d.P.), Sylvia Meyer (Redaktion), Bettina Brücher, Susanne Fingscheid, Anja Liebert, Klaus Lüdemann, Gabriele Mahner, Martin Möller, Ilona Schäfer, Udo Schramm, Marc Schulz

Gastbeiträge und Kommentare:

Dr. Hermann E. Ott MdL,
Klimapolitischer Sprecher der GRÜNEN
Bundestagsfraktion

Leonid Goldberg, Vorsitzender der Arbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrts-
pflege in Wuppertal

Mehrdad Mehrdad Mostofizadeh MdL,
kommunalpolitischer Sprecher der
GRÜNEN Landtagsfraktion NRW

Satz und Gestaltung:

werkmarie, Friedrich-Ebert-Str. 143e,
42117 Wuppertal

Druck:

talevent UG, Friedrich-Ebert-Str. 143e,
42117 Wuppertal

Auflage: 30.000

Diese Ausgabe liegt u.a. aus im ADA,
Wiesenstraße; AIDS-Hilfe e.V.,
Friedrich-Ebert-Straße 109-111; AStA,
Berg. Universität; Behindert - na und?
e.V., Friedrich-Ebert-Straße 109-111;
Café Moritz, Höhe 22; Cinema,
Berliner Straße; Die Färberei, Stennert 8;
Katzengold, Untergrünwaldstraße 3;
Nachbarschaftsheim, Platz der Republik;
Spunk, Flensburger Straße 38

Die Abgabe ist kostenlos!

MIT ALTEN HANDYS KINDERN HELFEN

■ SAMMELAKTION DES KINDERSCHUTZBUNDES

Hunderttausende alte, nicht mehr benutzte Handys schlummern in deutschen Haushalten. Auch in Wuppertal. Sie enthalten wertvolle Metalle, die wieder verwendet werden können. Der Deutsche Kinderschutzbund in Wuppertal sammelt daher ausranzierte Mobiltelefone, um mit den Erlösen aus dem Recycling seine Arbeit mit Kindern finanziell absichern zu können.

Wie können Sie mitmachen ...

Die Recyclingfirma Umicore trennt aus den alten Geräten Edelmetalle wie Gold, Silber, Palladium, Kupfer, Zinn, Nickel, etc. durch technische und chemische Verfahren heraus.

Die Firma zahlt dem Kinderschutzbund Wuppertal dann die aktuellen Roh-



stoffpreise aus. Das Ganze funktioniert aber nur, wenn 10.000 alte Handys zusammen kommen – und genug Wuppertalerinnen und Wuppertaler ihre Telefone für einen guten Zweck zur Verfügung stellen. Unterstützt wird der Kinderschutzbund dabei von der Stadtparkasse Wuppertal, vielen Wuppertaler Firmen, Behörden, Institutionen, Versicherungen, Krankenkassen sowie dem Einzelhandel.

... und wo?

Die „Handy-Sammelboxen“ stehen an über 50 verschiedenen Sammelstellen in Wuppertal: beim Kinderschutzbund an der Schloßbleiche, in Filialen der Stadtparkasse, in der Rathauskantine, Stadtbüchereien, VHS, Universität, in der Station Natur & Umwelt, in

der Fraktionsgeschäftsstelle der GRÜNEN Ratsfraktion sowie im Büro des Kreisverbandes der Wuppertaler GRÜNEN in der Friedrich-Ebert-Straße, etc., überall dort können die alten Handys eingeworfen werden.

Alle Sammelstellen finden Sie hier:
www.kinderschutzbund.wtal.de.

Mit dem Erlös aus dieser Aktion kann der Kinderschutzbund zum Beispiel Kindern die Teilnahme an Kultur- und Sportprojekten sowie Theaterbesuchen und Ausflügen ermöglichen. Darüber hinaus bietet der Kinderschutzbund für 15 Familien, die noch niemals gemeinsam Urlaub gemacht haben, jedes Jahr eine Woche Erholung an der Nordsee an.

STÄRKUNGSPAKT AUS WUPPERTALER SICHT

■ FINANZIELLE HILFEN SIND AUF GUTEM WEG

Die Mitglieder der GRÜNEN Ratsfraktion begrüßen grundsätzlich den Stärkungspakt Stadtfinanzen, aus dem Wuppertal eine schnelle Hilfe erhalten soll, um nach sehr langer Zeit wieder zu einem ausgeglichenen Haushalt zu kommen. Die Rot-Grüne Landesregierung löst damit ihre Zusage ein, sich der finanziellen Notlage in den Kommunen anzunehmen.

Auch wenn die konkrete Höhe der Finanzhilfe des Landes für Wuppertal noch nicht genau feststeht (die Summe beläuft sich auf ca. 50 Mio.

Euro), werden diese Landesgelder dazu beitragen, dass Wuppertal seine Verschuldung stoppen und irgendwann Schulden abbauen kann.

Dazu sind aber noch weitreichende Einsparungen im städtischen Haushalt notwendig. Die GRÜNE Ratsfraktion wird sich vor dieser Aufgabe nicht verschließen und erklärt sich bereit, an einem perspektivisch sinnvollen und umfassenden Konzept mitzuarbeiten. Eine wesentliche Bedingung unserer Zustimmung zu weiteren Sparmaßnahmen ist, dass die soziale Stadt nicht kaputt gespart werden darf. Eine

weitere Bedingung ist die kritische Bestandsaufnahme der städtischen Angebote sowie eine ausdrückliche Prioritätensetzung bei der Vermeidung von Zusatzkosten durch kurzfristige Sparmaßnahmen.

BürgerInnen mitnehmen

Wir wollen gerade in finanziellen Krisenzeiten die Bürgerinnen und Bürger Wuppertals in die Entscheidungen über den städtischen Haushalt mit einbeziehen, ein Projekt Bürgerhaushalt ist allerdings bisher an der Ablehnung von CDU und SPD gescheitert.

Fest steht, dass die zusätzlichen Mittel des Landes und die städtischen Einsparungen allein nicht ausreichen werden.

Ein Großteil des aktuellen kommunalen Finanzdefizits ist durch den steigenden Anteil an den Sozialausgaben entstanden. Hier hat sich der Bund in den letzten Jahren immer weiter aus der finanziellen Verantwortung zurückgezogen und die Kosten auf die Kommunen abgewälzt.

Deshalb ist nun auch die Bundesregierung gefragt, ihrerseits die notleidenden Städte deutlich zu entlasten.

KURZ UND KLEIN:

Mehr Einbahnstraßen für RadfahrerInnen öffnen

Es ist ein langer Weg, doch es geht voran. Die Bezirksvertretung Elberfeld beschloss die Freigabe der Mirker Straße für RadfahrerInnen in Gegenrichtung. Dies auch zur Erleichterung der Zufahrt zum Mirker Bahnhof, wo sich eine Zufahrt zur Nordbahntrasse befindet. Die Bezirksvertretung Barmen beschloss die Freigabe der Hohenzollernstraße. Als nächstes Projekt steht die Öffnung mehrerer Einbahnstraßen im Luisenviertel an.

MISCHWERK MISCHT DEN NORDEN AUF

ANWOHNERINNEN KLAGEN GEGEN LÄRM UND DRECK

Seitdem das Asphaltmischwerk (AMW) am Uhlenbruch gebaut ist, reißen die Klagen von Anwohnerinnen und Anwohnern nicht ab. Vor allem morgens hänge der strenge Geruch frischen Asphalts derart penetrant in der Luft, dass draußen hängende Wäsche direkt wieder gewaschen werden müsse. Der ohnehin hohe Lärmpegel auf der Wittener Straße sei deutlich angestiegen, die Straße selber nimmt Schaden, Gullis senken sich, was die Rappellei der LKW noch lauter macht. Am 6.10. nun hatten Bürgerinitiative und GRÜNE zu einer Veranstaltung geladen, bei der der Umweltperte Klaus Koch, der bereits viele Asphaltmischwerke untersucht hat, die Ergebnisse seiner Prüfungen vorstellte. Auf Grundlage der (nicht vollständigen) Unterlagen, die die Bürgerinitiative ihm zur Verfü-

gung gestellt hatte, und im Vergleich zu anderen Anlagen gleicher Produktionskapazität berichtete Koch Erschreckendes.

So müssen wir davon ausgehen, dass Lärm-, Geruchs- und Feinstaubemissionen höher liegen als gedacht. Vor allem aber ist die Filteranlage lediglich an den Stoffen ausgerichtet, die per Genehmigung zu reinigen sind. Die Emissionen beinhalten aber unzählige weitere schädliche Stoffe in nicht unerheblicher Größenordnung. Die anschließende Debatte, der sich auch ein Vertreter des AMW stellte, war letztendlich lösungsorientiert und von viel Sachkenntnis geprägt. Verabredet wurde, dass zunächst das Genehmigungsverfahren für die Anlage geklärt wird, die örtliche Politik war von ihrem Bau völlig überrascht worden. Dann



Foto: Mathias Kehren

werden wir uns – möglichst noch in diesem Jahr – mit VertreterInnen von Politik, Bürgerinitiative und AMW zusammensetzen, um nach umsetzbaren Lösungen zu suchen. Dabei wird die Filteranlage und eine neue Straßendecke für die Wittener Straße eine große Rolle spielen. Das AMW hat Kooperationswillen gezeigt und das lässt hoffen. Und wir werden uns dafür einsetzen, dass die zugesagte Prüfung der Emissionen und Schutzvorrichtungen nach sechsmonatiger Laufzeit erstens unter Beteiligung der BürgerInnen abläuft und zweitens die Prüfung auf weitere von Herrn Koch aufgezeigte Schadstoffe enthält. Wer Fragen zum AMW hat, kann sie an Herrn Simmes senden unter info@sipm.de, er hat zugesagt, sie rasch und umfangreich zu beantworten.

GRÜNE VOR ORT: BEGEGNUNGSSTÄTTE ALTE SYNAGOGE

Nach den Sommerferien besuchte die bündnisGRÜNE Ratsfraktion die Begegnungsstätte Alte Synagoge. Die Ausstellung „Tora und Textilien“ beleuchtet mit Objekten, Dokumenten und Fotografien die jüdische Geschichte und geht auf die Integration und die Ausgrenzung der Juden ein.

Die Begegnungsstätte wandelt sich somit in einen musealen Ort für jüdische Geschichte und Kultur in der Region, womit sie in der hiesigen Museumslandschaft einzigartig ist. „Tora“ – damit ist das spirituelle Zen-



trum des Judentums gemeint. „Textilien“ – das war der Stoff, aus dem die Wirtschafts- und Sozialgeschichten von Juden und Christen in unserer Region gewebt wurden.

Geschichte der Sehnsucht nach bürgerlicher Anerkennung

Das zentrale Anliegen von Dr. Ulrike Schrader, der Leiterin der Begegnungsstätte, ist es, jüdisches Leben nicht auf eine Leidens- und Opfergeschichte zu reduzieren, sondern auch die Geschichte der Emanzipation, Integration und aktiven Teilhabe am gesellschaftlichen Leben zu erzählen.

Im Zentrum der Ausstellung „Tora und Textilien“ stehen deshalb die Geschichten von Frauen und Männern, denen die Sehnsucht nach bürgerlicher Anerkennung, religiöser und kultureller Freiheit und nach einem Leben in sozialer und ökonomischer Sicherheit gemeinsam war.

Die Besucher und Besucherinnen können die Ausstellung sehr direkt und ohne Berührungängste erleben, über offen präsentierte Objekte zum Anfassen und Ausprobieren. Abwechslung bieten zudem zahlreiche interaktive Objekte, mehr als 15 Hörstationen und etliche Zeitzeugen-Interviews.

GASTKOMMENTAR: SOZIALE ARBEIT

DAS FUNDAMENT EINER DEMOKRATISCHEN UND MENSCHENWÜRDIGEN GESELLSCHAFT

Leonid Goldberg, Vorsitzender der AGFW, Geschäftsführer des Jüdischen Wohlfahrtsverbandes für die Arbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege in Wuppertal

Die Arbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege in Wuppertal ist der örtliche Zusammenschluss der anerkannten Spitzenverbände der Freien Wohlfahrtspflege.

Den BürgerInnen dieser Stadt bieten wir ein sachgerechtes Spektrum von Hilfen in sozialen Problemlagen, insbesondere familienunterstützende Leistungen, an. Wir werden dabei durch eine große Anzahl Engagierter ehrenamtlich unterstützt. Gemeinsam gelingt es, auf zunehmende und vielschichtige soziale Problemlagen qualifiziert reagieren zu können. Arbeiterwohlfahrt, Caritasverband, Diakonie, Deutsches Rotes Kreuz, Paritätischer Wohlfahrtsverband und Jüdischer Wohlfahrtsverband haben in diesem Jahr Ihr sozialpolitisches Engagement noch einmal verstärken müssen, da die soziale Arbeit in vielen Bereichen gefährdet ist.

Die in den letzten Jahren zunehmend schlechteren finanziellen Rahmenbedingungen können kaum noch von den Verbänden kompensiert werden. Trotz aller unserer Bemühungen u.a. durch bereits geleistete Kürzungs- bzw. Sparbeiträge zum kommunalen Haushalt

und die voll ausgeschöpfte Steigerung der wirtschaftlichen Effizienz kann der Abwärtstrend nicht länger aufgehalten werden. Zuschüsse werden seit über 13 Jahren nicht mehr finanziell angepasst – was einer sukzessiven Kürzung gleichkommt. Einige wichtige Unterstützungsangebote für Bedürftige mussten bereits reduziert oder gänzlich eingestellt werden. Neue Angebote/Projekte (z.B. zukunftsweisende Investitionen im Bereich der Prävention) können nicht mehr initiiert bzw. genehmigt werden. Verschärfend für unsere Stadt kommen in diesem Jahr die Instrumentenreform im SGB II/Schnittstelle zum SGB III und die damit verbundenen Kürzungen im Integrationsbudget hinzu! Beschäftigungs- und Qualifizierungsmöglichkeiten für langzeitarbeitslose Menschen, die z.T. mit erheblichen physischen und psychischen Problemen belastet sind, können demnach nicht mehr gefördert werden. Der jetzige arbeitsmarktpolitische Kurs der Bundesregierung mit seiner Ausrichtung auf den 1. Arbeitsmarkt führt viele von uns betreute Wuppertaler/innen und ihre Familienangehörigen – insbesondere deren Kinder – in das gesellschaftliche „Aus“, d.h. raus aus der Teilhabe am Gemeinwesen und rein in die persönliche Isolation und Perspektivlosigkeit.

Stückweise werden über Jahre hinweg aufgebaute verlässliche soziale Infrastruktur und bedarfsgerechte Hilfs-

systeme zerstört und zusätzliche Kosten auf die Kommunen verlagert. Die so genannten „Freiwilligen Leistungen“ (de facto „Pflichtleistungen“) werden im Zuge des Haushaltssicherungskonzeptes immer wieder auf den Prüfstand gebracht, als potenzielles „Einsparsegment“ definiert und durch Kürzungen schleichend der finanziellen Grundlage beraubt. Diese Leistungen sind jedoch unser niederschwelliges, kostengünstiges Instrument zur präventiven Arbeit – z.B. im Bereich der Kinder- und Jugendarbeit zur Vermeidung wesentlich kostenintensiverer Leistungen in den Hilfen zur Erziehung!

In einer Vielzahl von Gesprächen zur aktuellen Lage (Instrumentenreform, Fördersituation freier Träger, HSK, ordnungs- und finanzpolitische Rahmenbedingungen) haben wir unseren sozialpolitischen Gestaltungsauftrag in den vergangenen Monaten wahrgenommen, intensiviert und für Transparenz gesorgt. Neben zahlreichen selbstinitiierten bzw. unterstützten Aktionen haben wir in Gesprächen mit den Wuppertaler Fraktionen, den Wuppertaler Landtags- und Bundestagsabgeordneten, den Vertretern/Vertreterinnen der Wuppertaler Stadtverwaltung, dem Innenminister und der Düsseldorfer Regierungspräsidentin die Situation vor Ort gespiegelt. Dabei sollte deutlich werden, welche politischen Entscheidungen mit welcher Wirkung sich



auf die weitere Entwicklung unserer Stadt niederschlagen.

Auf diesem Weg sind wir nicht selten auf „fruchtbaren Boden“ und großes Interesse gestoßen; Überzeugungsarbeit konnte geleistet werden. Es wurde Verständnis für unsere nachvollziehbaren Argumente entgegengebracht. Jedoch zählt dies letztendlich wenig, wenn nicht entsprechende Taten der politischen Entscheider folgen.

Nun steht eine weitere „Baustelle“ an, der wir mit großer Sorge entgegen sehen: Die Beratungen zum städtischen Haushalt für 2012/13 und das weitere Sparpaket müssen bearbeitet werden, welches mit dem zusätzlichen Landesmitteln für arme Kommunen verknüpft

ist. Der Kämmerer Johannes Slawig hat bereits angekündigt, dass dafür ein „eiserner Sparkurs“ gefahren werden muss, um das 5-Jahresziel, ein ausgeglichener Haushalt, erreichen zu können“. Bitte lassen Sie uns dabei nicht unsere Verantwortung für alle Menschen in Wuppertal durch kurzfristigen Handlungsbedarf und Aktionismus aus den Augen verlieren! Weitblick ist nötig – denn Soziale Arbeit ist das Fundament für eine demokratische und menschenwürdige Gesellschaft. Wir werden daran gemessen, wie wir mit denen umgehen, die unserer Unterstützung bedürfen. Unser jetziges Handeln wird darüber entscheiden, welchen Weg unsere Stadt in den kommenden Jahren einschlagen wird und wie sich der Charakter Wuppertals verändert. Die Lebensqualität unserer Stadt hängt entscheidend von den sozialen, kulturellen und vielen anderen Angeboten ab. Je mehr im Rahmen des Sparens gestrichen wird, desto mehr fällt die Lebensqualität ab und Menschen werden wegziehen.

Gerne stehen die Verbände der Freien Wohlfahrtspflege in dieser außerordentlich schwierigen Phase haushaltspolitischer Entscheidungsnotwendigkeiten mit Kenntnis zur sozialen Infrastruktur unserer Stadt, für inhaltliche Fragen und die Weiterentwicklung der sozialen Arbeit in Wuppertal zur Seite.

GASTKOMMENTAR: DER NATIONALPARK YASUNI

■ IN ECUADOR MUSS GESCHÜTZT WERDEN

von Dr. Hermann E. Ott, Mitglied des deutschen Bundestages, klimapolitischer Sprecher der GRÜNEN Bundestagsfraktion

Der Vorschlag ist so fantastisch, dass es sich wie Science Fiction anhört: Da beschließt ein Land mit reichem Öl-vorkommen, das schwarze Gold nicht auszubeuten. Erstens weil die Quellen in einem der artenreichsten Gebiete der Welt liegen und zweitens um den Klimawandel nicht weiter anzuhetzen. Aber natürlich würde die Ausbeutung viel Geld bringen. Deshalb erbittet das Land im Gegenzug von den Industriestaaten eine Kompensation für das Nicht-Ausbeuten seiner fossilen Rohstoffe und den Schutz des Regenwaldgebietes. Die Rede ist von Ecuador und es geht um den Nationalpark Yasuni. Und die unerhörte Story geht weiter: Der Deutsche Bundestag hatte in der letzten Legislaturperiode fraktionsübergreifend beschlossen, das Yasuni ITT-Projekt zu unterstützen und finanzielle Mittel für den geplanten Treuhandfonds zur Verfügung zu stellen. Der Treuhandfonds soll durch internationale Geberländer jährlich mit 350 Millionen US Dollar ausgestattet werden. Mit dem Geld will die ecuadorianische Regierung den Ausbau erneuerbarer Energien im eigenen Land vorantreiben, den Schutz des Regenwaldes mit all seinen Arten sicherstellen und die drei dort autark leben-



den indigenen Völker unterstützen. Im Gegenzug wird Ecuador verfassungsrechtlich absichern, dass es auf eine Ausbeutung gänzlich verzichtet. Doch dann kam schwarz-gelb und „Entwicklungshilfeminister“ Niebel. Trotz einer expliziten Aufforderung von UN-Generalsekretär Ban-Ki Moon an Bundeskanzlerin Merkel, die zugesagten Mittel nun auch für den Fonds zu Verfügung zu stellen, verweigert Niebel die zugesagte Hilfe. Damit enttäuscht er nicht nur das Vertrauen Ecuadors, sondern verspielt zugleich die internationale Vorreiterrolle Deutschlands, denn alle bedeutenden Geberländer warten auf ein Signal aus Berlin. Wenn Deutschland aus diesem Projekt aussteigt, wird der Treuhandfonds im Ganzen scheitern. Zur Begründung heißt es lapidar man wolle „keine Präzedenzfälle für Länder wie Saudi-Ara-

bien“ schaffen.

Erstens ist es völlig abwegig, einen reichen Ölstaat mit einem armen Entwicklungsland zu vergleichen. Zweitens ärgert es, dass sich die gesamte Regierung hier offenbar von der FDP eine Position diktieren lässt. Selbst viele Abgeordnete der Union wollen eine Unterstützung Ecuadors. An diesem Punkt muss das Bundesumweltministerium, an der Spitze Norbert Röttgen, in die Debatte eingreifen. Wenn das BMU nicht für die Erhaltung des Nationalparks kämpft, verliert die Umweltpolitik Deutschlands gänzlich das Gesicht.

Wir GRÜNEN werden weiter auf die Einhaltung der Zusagen drängen. Das Yasuni ITT-Projekt ist Teil der weltweiten Bemühungen den Klimawandel zu stoppen und die Biodiversität zu bewahren. Die internationalen Verhandlungen für ein weltweites Klimaschutzabkommen sind zäh – doch hier kann schon jetzt entscheidend gehandelt werden. Das Projekt kann Teil der von mir eingebrachten Strategie der Klimapolitik der unterschiedlichen Geschwindigkeiten sein. Nicht nur Verhandeln, sondern auch Handeln ist die Devise. Und dazu braucht es Vorreiterländer wie Deutschland, wie die EU, aber auch wie Ecuador. Gemeinsames Handeln für eine ökologische und langfristig ökonomische Zukunft des Menschen auf dem Planeten Erde.

Anzeige

Wenn wuppen, dann richtig!

Regenerative Energie statt Kohle und Atomkraft



BÜNDNIS 90
DIE GRÜNEN
KREISVERBAND WUPPERTAL
WWW.GRUENE-KVWUPPERTAL.DE



Downhill-Strecke Kothener Wald, Foto: Mathias Kehren

Ganz klar: nur fliegen ist schöner als mit dem Mountainbike über die Downhill-Strecke im Kothener Busch zu sausen. Davon konnten sich (v.l.n.r.) die GRÜNEN Stadtverordneten und Mitglieder der Bezirksvertretung Barmen Marc Schulz und Ilona Schäfer sowie der sowie der GRÜNE Beigeordnete Harald Bayer bei 24 Stunden live überzeugen.

WSW UND ERNEUERBARE ENERGIEN



Foto: Jörg Lange

Nach Fukushima konnten sich auch die Wuppertaler Stadtwerke der Energiewende nicht entziehen. Zusammen mit dem Anteilseigner GDF Suez investieren die WSW inzwischen in Windparks in ganz Deutschland. Nachdem es in Nordhessen bei einer Ausschreibung nicht geklappt hat, konnten sich die WSW nun mit 49% an einem Windpark westlich von Würzburg (Bayern) beteiligen. Und es geht weiter: Wie aus Unterlagen des Stadtentwicklungsausschusses hervorgeht, untersuchen die WSW die Eignung der „Kleinen Höhe“ (Fläche an der Grenze zu Velbert) als Standort für zwei Windräder. So gern wir Windräder in Wuppertal sehen, muss die

Frage gestattet sein, ob dieser Standort besonders geeignet ist. Nach den Windkarten, die im Internet abrufbar sind, liegt die Windgeschwindigkeit im Bereich Kleine Höhe max. zwischen 5,5 und 6 m/s. In Wikipedia finden wir dazu: „Die untere Grenze für den wirtschaftlichen Betrieb einer Anlage liegt, abhängig von der Einspeisevergütung, bei einer mittleren Windgeschwindigkeit von etwa 5-6 m/s.“ Eine Entscheidung zur Kleinen Höhe wird Ende des Jahres erwartet.

Leuchttürme mit Flügeln?

Im schlimmsten Fall werden auf der Kleinen Höhe zwei unrentable Windräder als Leuchttürme mit Flügeln gebaut und mit einem Transparent „Wir wuppen das“ ausgestattet. Dabei gibt es besser geeignete Standorte in NRW. Wir hoffen, dass es bald auch einen WSW-Windpark im Bergischen geben wird. Wichtig ist, dass es bei den WSW jetzt mit den alternativen Energien richtig los geht und in Kooperation mit den Bergischen Städten und Gemeinden nach regionalen Möglichkeiten gesucht wird. Der Kongress „Hundertprozentig.Erneuerbar“ im Juli an der Universität hat gezeigt, dass eine Aufbruchstimmung im Bergischen Land in Richtung Energiewende vorhanden ist.

Wenn Sie bisher nichts über Sonnenenergie gelesen haben, entspricht das den noch ausbaufähigen Aktivitäten der WSW.

Beim Bau von Solaranlagen sind Privatleute, Firmen und Genossenschaften schon weiter. Das hat wohl auch mit den Preisen zu tun. Eine mittlere Solaranlage gibt es für 50.000 Euro. Eine gängige Windkraftanlage kostet 3-4 Mio. Euro.

HUNDERTPROZENTIG.ERNEUERBAR!

Kongress als Auftakt zur 100% erneuerbaren Energieregion Bergisches Land

Mitte Juli fand der erste Kongress zur Energiewende im Bergischen Land auf dem Campus der Bergischen Universität Wuppertal statt. 350 Teilnehmerinnen und Teilnehmer aus Wirtschaft, Verwaltung, Politik, Wissenschaft, Umwelt und Bürgerschaft diskutierten über die Energieversorgung der Zukunft.

Eingeladen hatten neben der Bergischen Universität das Wuppertal Institut für Klima, Umwelt, Energie, die EnergieAgentur NRW, die Bergische Entwicklungsagentur, der Wuppertalverband sowie die Kreishandwerkerschaft Wuppertal. Dieser Verbund Bergischer Akteure präsentierte eine Auftaktveranstaltung mit regionaler Strahlkraft. In seiner Eröffnungsrede betonte

Johannes Rimmel, Minister für Klimaschutz, Umwelt, Landwirtschaft, Natur- und Verbraucherschutz in NRW (Foto), die Chancen der regenerativen Energien für das Bergische Land und seine mittelständische Wirtschaft: „Man sieht, wir haben hier das Potenzial, um die Unabhängigkeit von fossilen Energieträgern und von der Kernenergie zu erreichen. Die Region hat eine Wirtschaftsstruktur, die in ihrer innovativen mittelständischen Orientierung regelrecht dazu einlädt, Pfadfinder für ideenreiche energieeffiziente Lösungen zu sein“.

Bergische Impulse

Eine 100% erneuerbaren Energie Region Bergisches Land wird es nur im Zusammenspiel von Erneuerbarer Energie, Energieeffizienz und Energieeinsparung geben. Der Kongress zeigte, in welchen Feldern dazu im Ber-

gischen schon intensiv gearbeitet wird, Themenforen beleuchteten die unterschiedlichsten Aspekte: Von energetischer Gebäudesanierung und Energiemanagement über die Potenziale in der Industrie und Passivhausstandard für Gewerbegebäude bis hin zu den politischen Seiten des Prozesses, das Programm war äußerst vielfältig. Bergische Firmen präsentierten ihre Technologien zur Gewinnung, Anwendung oder effizienter Ausnutzung erneuerbarer Energien. Fördermittel für Unternehmen, Elektromobilität oder Smart Grids – intelligente Netze – waren weitere Themen. Das Wuppertal Institut stellte Nutzungsmöglichkeiten für die Windenergie dar, Photovoltaik-technik am Beispiel des Solar-Decathlon-Hauses wurde durch die Bergische Universität präsentiert. Nicht nur die gutbesuchten Themenforen machten den Kongress zum Erfolg, auch das Kommunizieren untereinander kam nicht zu kurz. Die Teilnehmenden gingen aufeinander zu und kamen miteinander über alle Fach- und Themenbereiche hinaus ins Gespräch.

Fazit des Kongresses

Der Auftakt ist mehr als gelungen, die Region hat das Potenzial für die Energiewende! Viele Akteure aus den unterschiedlichsten Bereichen haben sich vernetzt, Kontakte geknüpft und ein gemeinsames Ziel formuliert: Das Bergische Land wir 100% Erneuerbare Energie Region!

Wichtig ist die weitere Zusammenarbeit der Akteure mit Unternehmen, Städten und Gemeinden sowie Institutionen und den Menschen im Bergischen. Dazu bedarf es weiterer Veranstaltungen. Der zweite Kongress im Jahr 2012 kann kommen.



KULTURSENSIBLE PFLEGE

■ WUPPERTAL IST AUF EINEM GUTEN WEG



Foto: Jörg Lange

Angeregt durch die Ergebnisse des Weltcafés im Mai diesen Jahres (s. letzte Ausgabe) haben wir im Ausschuss für Soziales, Familie und Gesundheit nachgefragt, inwieweit Pflegeangebote auf Menschen mit Migrationshintergrund abgestimmt sind. Die Verwaltung hat dazu eine sehr ausführliche Antwort geliefert. Sie zeigt, dass die städtischen Pflegeeinrichtungen in vielerlei Hinsicht Rücksicht auf pflegebedürftige MigrantInnen nehmen. Ein Konzept zur kultursensiblen Pflege wurde schon vor Jahren erarbeitet und MitarbeiterInnen entsprechend geschult.

Gute Angebote transparent machen

Die Verständigung in der Muttersprache stellt in der Regel kein Problem dar, da sich die Belegschaft ebenfalls multi-

kulturell zusammensetzt und ggf. dolmetschen kann. Dies ist vor allem für Demenzkranke von großer Bedeutung, die mit fortschreitender Erkrankung oft nur noch auf ihre Heimatsprache reagieren. Auch das Angebot an Nahrungsmitteln wird den jeweiligen Bedürfnissen angepasst. Wichtig ist jedoch, dass die jeweiligen Wünsche von den Pflegebedürftigen oder ihren Angehörigen geäußert werden. Ebenso wird der Wunsch nach gleichgeschlechtlicher Pflege berücksichtigt und die Möglichkeit zur Ausübung religiöser Gebräuche geschaffen. Die Heime in privater Trägerschaft verfolgen die gleichen Ansätze, haben jedoch bisher nur wenige Bewohner mit Migrationshintergrund. Doch diese Zahlen werden zunehmen. Zur Zeit

haben knapp 10 % der Menschen mit einer Pflegestufe einen Migrationshintergrund. Genaue Zahlen lassen sich dazu nicht nennen, da dieses Kriterium bei der Erteilung einer Pflegestufe nicht erfasst wird.

Der Bedarf wird größer

In den nächsten 10 bis 15 Jahren werden sich die Zahlen aber mindestens verdoppeln, dann werden in Wuppertal über 1000 Personen aus anderen Herkunftsländern pflegebedürftig sein. Hier gilt es nun, die vorhandenen Angebote unter den MigrantInnen bekannter zu machen. Die städtische Pflegeberatung bietet bereits mehrsprachige Informationsbroschüren an, diese Informationen sollten jedoch breiter gestreut werden. Oft geht es vielleicht nur darum, pflegende Angehörige zu Hause zu unterstützen, weshalb dem Bereich der ambulanten Pflege hier eine besondere Bedeutung zukommt. Dabei sind kulturelle Bräuche stets zu beachten. In Wuppertal haben sich bereits einige ambulante Pflegedienste auf die Betreuung von Menschen mit Migrationshintergrund spezialisiert. Ziel sollte es sein, bei allen ambulanten Pflegediensten einen Standard für die kultursensible Pflege einzurichten. Selbstverständlich sollten VertreterInnen der verschiedenen MigrantInnen-Organisationen dabei einbezogen werden. Inklusion muss auch im Pflegebereich das Leitbild sein, an dem sich alle orientieren.

DIE WAHRHEIT ÜBER IKEA

■ ODER: EIN GESCHENK AN FRAKTIONEN UND OB

Am Rande der Ratssitzung am 18. Juli übergaben VertreterInnen der Bürgerinitiative „leben Wuppertal-Nord“ das Buch von Johan Stenebo: „Die Wahrheit über IKEA“ an OB Jung, Städtebaudezernent Meyer und alle Vorsitzenden der Wuppertaler Ratsfraktionen. In dem Begleitschreiben wird die Absicht des „kleinen Geschenks“ erläutert: „Passend zur Urlaubszeit halten Sie die Lektüre „Die Wahrheit über IKEA“ von Johan Stenebo mit dazugehörigen Lesezeichen in den Händen. Insgesamt 1.500 Lesezeichen, die symbolisch für die 1.500 MitbürgerInnen in Wuppertal-Nord stehen, gehören

zu diesem Buch: „Ich bin ein betroffener Anwohner in Wuppertal-Nord“ steht auf jedem dieser Lesezeichen. Wir Anwohner in Wuppertal-Nord bitten Sie um die kritische Auseinandersetzung mit dem Planungsvorhaben, einen IKEA-Homepark auf dem Areal der Ausstellung „Eigenheim & Garten“ anzusiedeln. Wir bitten Sie, insbesondere den internationalen Investor IKEA kritisch unter die Lupe zu nehmen und das vorhandene wirtschaftliche Potential der Ausstellung anzuerkennen. Wir bitten Sie, als Wählerinnen und Wähler Wuppertals, auch die Interessen der Bürgerschaft ernst zu nehmen.“



Mitglieder der Initiative bei der Übergabe an den GRÜNEN Fraktionsvorsitzenden Peter Vorsteher (rechts)

ALDI IM HUCKEPACK ODER: NEUES VOM LICHTSCHEID

Der zweite Baumarkt auf Lichtscheid soll kommen – und dazu ein Discounter im Huckepack-Verfahren. BAUHAUS und ALDI haben ihre aufeinander abgestimmten Bauanträge bei der Stadt eingereicht. Diese leitet dann umgehend einen vorhabenbezogenen Bebauungsplan ein und ändert im Parallelverfahren „mal kurz“ den Flächennutzungsplan. Investorenfreundlich

– keiner wie wir! Eine sinnvolle städtebauliche Entwicklung einer Brachfläche sieht nach GRÜNER Auffassung anders aus. Wettbewerb ist positiv, aber wenn er zu einer Kannibalisierung von Baumärkten auf Wuppertaler Stadtgebiet führt, dann muss Stadtentwicklung auch steuernd eingreifen. Sonst ist die nächste Brache vorprogrammiert. Aber warum regen sich einige PolitikerInnen

eigentlich auf? - Es ist ja nur ein Einleitungsbeschluss, da passiert doch noch gar nichts – oder?! Natürlich können BürgerInnen, Politik und die sog. Träger öffentlicher Belange ihre Anregungen vorbringen – die Wahrscheinlichkeit einen Bebauungsplan damit zu kippen geht aber erfahrungsgemäß gegen Null. Und wenn man die Menschen auf Lichtscheid zu den Plänen befragt,

erntet man allgemeines Kopfschütteln. Ein zweiter Baumarkt?! - Was wir hier brauchen, ist ein Lebensmittelgeschäft! Denn selbst die Menschen von „natürlich Wohnen am Scharpenacken“ züchten ihre Kartoffeln nicht im eigenen Garten. Und siehe da: vor einigen Wochen tat sich eine neue Option auf. Das Autohaus Bovenkamp verlässt seinen Standort an der Oberen Lichten-

platzer Straße. Vor dem geistigen Auge der HochbarmerInnen taucht hier ein neuer Supermarkt auf, kein Discounter, nein ein Vollsortimenter mit einem ansprechend präsentierten Warenangebot, fußläufig erreichbar – eigentlich perfekt! Wir GRÜNE haben die Verwaltung gebeten, diese Option wenigstens einmal zu prüfen – bevor BAUHAUS ALDI huckepack nimmt!

Anzeige

LEBENDIGE STÄDTEPARTNERSCHAFT

WUPPERTALER GRÜNE UNTERSTÜTZTEN SCHWERINER PARTEIFREUNDE IM LANDTAGSWAHLKAMPF

Für zweieinhalb Tage fuhren acht Wuppertaler GRÜNE vom 12. bis 14. August in die Partnerstadt Schwerin, um ihren Parteifreundinnen und -freunden im Wahlkampf zur bevorstehenden Landtagswahl zu helfen. Dabei konnten sie in allen möglichen Bereichen des dortigen Wahlkampfes mitarbeiten: beim Verteilen von Flugzetteln auf dem Marktplatz, Auf- und Abhängen von Plakaten und Einwerfen von Wahlkampfzetteln in den Wohnvierteln. Die Fahrt, die in Zusammenarbeit zwischen den beiden GRÜNEN Kreisverbänden organisiert wurde, geht zurück auf eine Idee der Stadtverordneten Peter Vorsteher, Paul Yves Ramette, Regina Orth und Marc Schulz, die ebenfalls an der Aktion teilnahmen.

Die Reise hat allen außerordentlich viel Spaß gemacht, denn einerseits konnten die WuppertalerInnen sich einen Eindruck von unserer schönen Partnerstadt Schwerin machen, andererseits wurde ihre Hilfe und Unterstützung von den dortigen GRÜNEN auch sehr gerne angenommen, so dass sie auch etwas vom mecklenburgischen Landtagswahlkampf mitbekommen konnten.

Bei der Landtagswahl am 04. September hatten die GRÜNEN allen Grund zum Jubeln, den sie erzielten einen sensationellen Zuwachs an Zweitstimmen von 5,3 Prozent und zogen mit 8,7 Prozent und sieben Abgeordneten erstmalig in den Landtag Mecklenburg-Vorpommern ein.

Ein großes Problem war und ist die Präsenz rechtsradikaler Gruppierungen. Alles Engagement gegen die Ewiggestrigen und Unbelehrbaren hat nicht verhindern können, dass die NPD mit 6 Prozent in den Landtag einzog. Vielleicht können wir bei der nächsten Wahl mithelfen, die Nazis aus dem Landtag zu werfen. Die Städtepartnerschaften der Stadt Wuppertal sind uns wichtig, sie leben vom Austausch und gegenseitiger Unterstützung. Eine schöne Gelegenheit dies zu praktizieren haben wir im nächsten Jahr, dann feiern wir das 25jährige Bestehen mit unserer Partnerstadt Schwerin.



Gruppenbild mit der damaligen Spitzenkandidatin der GRÜNEN Mecklenburg-Vorpommern, Silke Gajek (vorne, Mitte): v.l.n.r. Martin Möller, Marc Schulz, Peter Vorsteher und Patrick Brehm (4. v. r.)

KEIN ABSCHLUSS OHNE ANSCHLUSS

Im Jahr 2012 wird das Ausbildungssystem in NRW vor eine große Herausforderung gestellt. Als Folge der Verkürzung der Schulzeit bis zum Abitur (das sogenannte G8) werden gleich zwei Jahrgänge die Schule beenden und eine Ausbildung beginnen wollen. Auch die Abschaffung der Wehrpflicht und der damit einhergehende Wegfall des Zivildienstes sorgen für einen verfrühten Ansturm auf die Ausbildungsstellen. Daraus ergibt sich die Notwendigkeit, zusätzliche Ausbildungsplätze in den Betrieben, an Berufskollegs und an den Hochschulen zu schaffen. Aber auch darüber hinaus müssen weitere Angebote geschaffen werden, da mehr Auszubildende und Studierende mehr Wohnraum und ein größeres Mobilitätsangebot benötigen. Dabei kann die Zahl der Absolventinnen und Absolventen nicht exakt vorhergesagt werden, weil insbesondere bei den Hochschulen durch die zu erwartende



Foto: Jörg Lange

Erhöhung von Zugangsbeschränkungen (wie einen höheren Numerus Clausus in vielen Fächern) auch von Mehrfachanmeldungen auszugehen ist, die die Statistik verfälschen.

Hochschulpakt NRW

Das Land NRW hat auf die zu erwartende zusätzliche Zahl von 50.000 Studienberechtigten zum Schuljahr 2012/13 reagiert und im Rahmen eines Hochschulpaktes den Universitäten zusätzliche Mittel für den Hochschulbau und die Lehre zur Verfügung gestellt. So konnte vor Kurzem an der Bergischen Universität das neue Hörsaalzentrum fertiggestellt werden, das mehr Platz bietet und die Anmietung von außeruniversitären Räumlichkeiten wie dem CinemaxX oder der Stadthalle zukünftig überflüssig macht.

Bildungsnetzwerk Wuppertal

Aber auch vor Ort müssen Schritte

unternommen werden, um der Doppeljahrgangs-Problematik begegnen zu können. Deswegen haben die GRÜNEN im Schulausschuss angeregt, dass das neu gegründete Bildungsbüro, das als Organisationsstelle für das Wuppertaler Bildungsnetzwerk dient, alle betroffenen Akteure wie die städtische Verwaltung, ihre Töchter, die IHK, Handwerkskammer, Jobcenter, Arbeitsagentur, Regionalagentur und die Bergische Universität an einen Tisch holt, um gemeinsam die Herausforderungen zu diskutieren und Lösungsansätze zu entwickeln.

Dieser Vorschlag wurde von den VertreterInnen aller Fraktionen im Ausschuss begrüßt und es wurde empfohlen, den Antrag in das Regionale Bildungsnetzwerk einzubringen, um dort Strategien zu entwickeln, wie allen SchulabgängerInnen ein Ausbildungs- oder Studienplatz in Aussicht gestellt werden kann.

RATSCRONIK JULI

Politik spart nicht bei sich selbst

Das Highlight der Ratssitzung bestand in einer Redeschlacht rund um einen Antrag der FDP, der den Stadtrat von 66 auf 60 Sitze verkleinern wollte. Die Bezirksvertretungen (BVen) sollten von aktuell 10 auf perspektivisch 6 reduziert werden.

Die GRÜNEN finden den Vorschlag grundsätzlich gut. Als Bedingung sollen aber auch die Entscheidungskompetenzen der BVen erweitert werden, denn momentan können sie kaum mitbestimmen. Nach einer langen Diskussion rund um Sparvorschläge, Demokratie und bürgerschaftliche Mitwirkung lehnte der Rat den Antrag mit der knappen Mehrheit von 37 gegen 31 Stimmen in geheimer Wahl ab.

Sechste Gesamtschule kommt.

Aber wann?

Im Herbst letzten Jahres bat die Bezirksregierung Düsseldorf die Stadt Wuppertal um eine zeitnahe Stellungnahme zur Gesamtschul-Entwicklungsplanung, im März dieses Jahres gab es ein Gespräch dazu. Der Politik wurde nichts darüber berichtet, deshalb

fragten GRÜNE im Schulausschuss am 05.07.2011 nach den Ergebnissen. Die Antwort der Verwaltung war wenig aussagekräftig. Immerhin hat der Rat schon im Jahr 2008 den Grundsatzbeschluss zur Errichtung einer sechsten Gesamtschule gefasst, seitdem gab es im Fachausschuss keine qualifizierten Informationen zum Sachstand mehr.

Folgen von Merkels Steuersenkungsplänen

Bundeskanzlerin Merkel will den finanziellen Spielraum der Kommunen immer weiter einschränken, zuletzt durch die Ankündigung, weitere Steuern zu senken.

Die GRÜNE Fraktion fragte im Finanzausschuss am 12.07.2011, wie hoch der finanzielle Schaden kalkuliert wird, den Wuppertal beispielsweise durch sinkende Einkommensteuereinnahmen droht. Die Verwaltung antwortete, sie rechnet mit einem Minus von bis zu 10 Mio. Euro jährlich.

Stadtteilmanagement in Wuppertal

Seit einigen Jahren stellt die Stadtspitze immer weniger Personal für das Stadt-

teilmanagement zur Verfügung. Deswegen ist die professionelle Betreuung der Stadtteilkonferenzen, auf denen ein regelmäßiger Austausch über die sozialen Aktivitäten im Quartier stattfindet. Zum Jugendhilfeausschuss am 07.07.2011 fragten die GRÜNEN nach den konkreten Auswirkungen, die durch die Verringerung des Personals entstehen. Die Verwaltung teilt die von den GRÜNEN geäußerten Befürchtungen.

Statt früher fünf stehen jetzt nur noch zwei Personalstellen zur Verfügung, die Stadtteilkonferenzen können kaum noch aufrecht erhalten werden. Damit fällt eine wichtige Säule der Vernetzung in den Stadtteilen fort.

Planung des Neubaus Sporthalle Langerfeld

Auch die GRÜNE Geduld ist endlich, deshalb fragten wir zum Sportausschuss am 30.06.2011, wann es mit dem Neubau der Sporthalle Langerfeld losgeht. Der Beschluss dazu wurde immerhin vor Jahren gefasst. Die Verwaltung kann frühestens 2013 starten, eine Planung mit Kostenschätzung

fehlt noch. Noch gibt es sehr verschiedene Bauvorstellungen von Schulleitung und Gebäudemanagement.

Älter werden im Quartier - Wuppertal demografiefest machen

Die rot-grüne Landesregierung NRW will den Kommunen bei den Herausforderungen einer älter werdenden Gesellschaft helfen.

Dabei soll vor allem eine Quartiersentwicklung gestärkt werden, damit ältere Menschen möglichst lange in ihrer häuslichen Umgebung bleiben können. Die GRÜNEN beantragten zum Sozialausschuss am 30.06.2011, sich frühzeitig um Landesgelder für konkrete Projekte zu bemühen. Der Ausschuss stimmte zu und die Verwaltung will entsprechend verfahren.

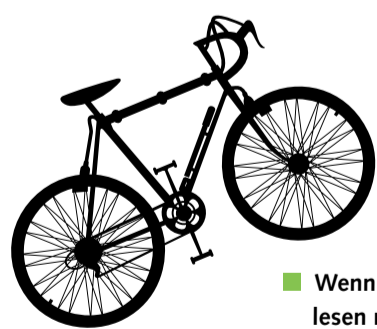
Nichts geht mehr - wie kann Wuppertal die zunehmende Spielsucht eindämmen?

So lautete eine Anfrage der GRÜNEN zum Ausschuss für Soziales, Familie und Gesundheit am 30.06.2011. Die Antwort der Verwaltung kommt zu bedenklichen Ergebnissen: in Wupper-

tal gibt es bis zu 3.500 spielsüchtige Menschen, die in 86 konzessionierten Spielhallen 838 Geldspielgeräte vorfinden. Im Jahr 2010 wurden in Wuppertal ca. 18 Mio. Euro verspielt. Wer eine Selbsthilfegruppe braucht, wird derzeit in Wuppertal noch nicht fündig, sondern muss mindestens bis Remscheid fahren.

Aktionstag Spielsucht

Die GRÜNE Fraktion hält es für zwingend, das Thema Spielsucht in die Öffentlichkeit zu bringen und die bisher vorhandenen Hilfsangebote bekannter zu machen. Vor allem auch die Angehörigen der von Spielsucht betroffenen Personen brauchen Informationen und Unterstützung. Ein Antrag der GRÜNEN zur Sitzung des Sozialausschusses am 30.06.2011, einen Aktionstag Spielsucht an einem zentralen Ort in Wuppertal zu veranstalten, wurde im Ausschuss von allen Fraktionen einstimmig beschlossen, was uns sehr gefreut hat. Der Caritas-Verband führte am 28. September eine Veranstaltung zu den Gefahren des Glücksspiels auf dem Laurentiusplatz durch.



Fahrrad selber kaufen

ABO
geschenkt

■ Wenn Sie „DIESE GRÜNEN!“ regelmäßig lesen möchten, Coupon ausfüllen und an die GRÜNE Ratsfraktion, Rathaus, 42269 Wuppertal schicken oder eine mail an fraktion@gruene-wuppertal.de senden.

Name

Anschrift

Ich bin als Abonnentin oder Abonnent der Zeitung „DIESE GRÜNEN!“ damit einverstanden, dass bei der Änderung die neue Anschrift durch die Post AG an den Verleger der Zeitung weitergeleitet wird.

ENERGIESPARTIPP DES MONATS:

■ KLIMASCHUTZ BEIM KÜHLSCHRANKKAUF

Kühl- und Gefriergeräte arbeiten rund um die Uhr, kosten viel Geld und verbrauchen Energie. Wenn Sie ein neues Gerät anschaffen wollen lohnt es sich nicht nur auf den Preis zu achten, sondern auch auf den Stromverbrauch.

Sie können durch die Anschaffung eines Gerätes mit geringem Energieverbrauch nicht nur Geld sparen, sondern in Zeiten immer knapper werdender Energieressourcen auch die Umwelt schonen.

Ein effizientes Neugerät wird sich in den meisten Fällen sehr bald lohnen, denn der Anschaffungspreis wird schnell relativ, wenn Sie für die Gesamtrechnung die laufenden Stromkosten berücksichtigen.

Diese liegen bei Altgeräten meist um ein Vielfaches höher als bei einem neuen Gerät mit moderner Technik. Erkundigen Sie sich am besten gleich nach Geräten mit der Energiekenn-



Foto: © Michael Bährke, Pixelio.de

zeichnung A+++ , das ist die höchste Effizienzklasse. So können Sie zwei Fliegen mit einer Klappe schlagen: Ihr Geldbeutel wird geschont und die Umwelt dankt es Ihnen.

Weitere Infos: Verbraucherzentrale NRW, Beratungsstelle Wuppertal, Schloßbleiche 20, Tel.: 0202/447732